

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 4

Artikel: Lateinamerika-Uebersicht. Guerillas : von Fremdversorgung zur Selbstversorgung
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092552>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerika-Uebersicht

Guerillas: Von Fremdversorgung zur Selbstversorgung

Von Alphonse Max

Das Verhältnis Lateinamerikas zu Kuba wird wieder aktuell. Als die Beziehungen der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) zu Havanna 1964 abgebrochen wurden, war der Grund die Einmischung Fidel Castros in die internen Angelegenheiten der anderen Staaten mittels Ausbildung und Infiltrierung von Partisanenverbänden. Nachdem nun sämtliche Guerillaunternehmen Castros jämmerlich versagt haben, scheint der kubanische Premier einzusehen, dass das «morsche oligarchische System» in Lateinamerika doch noch zäh genug ist, um sich der Castro-Söldner zu erwehren. Und da die Staatskassen Kubas zurzeit nicht über viel überflüssige Devisen verfügen, musste Castro erkennen, dass er ohne genügend Geld und Söldner keinen erfolgreichen Aufstand durchführen kann.

So kommt es zu zwei verschiedenen Erscheinungen, von denen jede für sich von Bedeutung ist. Erstens scheinen die meisten Guerillabewegungen in Lateinamerika zu desintegrieren (was, nebenbei gesagt, ein klares Zeugnis davon ablegt, dass die Guerillas bis jetzt in jeder Hinsicht von Castro unterstützt wurden). Zweitens werden sich diejenigen Desperados, die den gewaltsamen Kampf weiterführen wollen, die Mittel dafür selbst verschaffen müssen. Das Rezept hierfür liefern die uruguayischen Terroristen «Tupamaros», die sich seit einigen Jahren ihre Tätigkeit selbst finanzieren, indem sie sich gemeinen Verbrechen widmen.

Kuba löst sich vom unprofitablen Guerillageschäft . . .

In Venezuela hat sich der bedeutendste Guerillaführer, Douglas Bravo, der noch vor wenigen Monaten in Havanna zu Besuch war, öffentlich von Fidel Castro distanziert; seine Bewegung ist jedoch von der inneren Zersplitterung und von der Konkurrenz anderer Gruppen bedroht und sieht sich der völligen Zerstörung nahe.

Bravos Stellvertreter, Luben Petkoff, verliess mit 13 Partisanen das Land; ein anderer Guerillaführer, Fredy Carquez, erklärte, er werde eine marxistisch-leninistische Massenpartei gründen; viele frühere Partisanen haben das Amnestieangebot des venezolanischen Präsidenten Rafael Caldera angenommen.

In Kolumbien wird die wichtigste Guerillagruppe unter Leitung von Fabio Vazquez Caetano von Massendesertionen geplagt; Vazquez hat Vorschläge zur Zusammenarbeit mit den prosovjatischen Guerillas FARC, unter dem Kommando von Manuel Marulando («Tirofijo»), erhalten.

. . . und wird zwischenstaatlich salonfähig

Castros Einsicht, dass das kontinentale Guerillageschäft keine Dividenden bringt, wird allmählich von einigen lateinamerikanischen Regierungen honoriert.

Sogar der US-Staatssekretär Rogers hat mildere Töne angeschlagen, als er vorigen Monat in einem Interview mit dem «US News & World Report» die Beziehungen zu Havanna als «statisch» bezeichnete, aber gleichzeitig zu verstehen gab, dass die USA nichts unternehmen werden, um die Beziehungen zu einer Regierung zu verbessern, die nichts unterlassen hat, um diese Verbesserung praktisch unmöglich zu machen.

Andererseits hat der chilenische Aussenminister Gabriel Valdés erklärt, dass seine Regierung eine Annäherung Kubas an das interamerikanische System für notwendig betrachte. Der Minister erläuterte weiter, dass seine Regierung in dieser Frage die Meinung der peruanischen Regierung teile, die vor kurzem erklärt hatte, sie plädiere für eine Wiederaufnahme Kubas in die OEA. Obgleich der bolivianische Aussenminister General César Ruiz vor einigen Wochen erklärt hatte, dass der Ausschluss Kubas nicht «ewig» sein könne, fügte er jedoch nach wenigen Tagen hinzu, dass jede bolivianische Entscheidung nur im Einklang mit den übrigen amerikanischen Staaten getroffen werden würde. Noch zurückhaltender zeigte sich Argentinien, wie aus den Äusserungen des Aussenministers Martin zu vernehmen war, der bestätigte, dass die argentinische Regierung keinerlei Schritte unternommen habe, noch zu unternehmen beabsichtige, die das Ziel verfolgen, auf einer eventuellen Konferenz der amerikanischen Aussenminister (wie sie sich der Chilene Gabriel Valdés wünscht) die Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten zu überprüfen.

Der autarke Terrorismus

In Uruguay bleibt die finanziell autark gewordene Guerilla, trotz bedeutender Gegenschläge der Polizei, weiterhin wenigstens sporadisch aktiv. Etwa 20 «Tupamaros» waren am 30. Januar beispielsweise bei mehreren Raubüberfällen auf Geschäfte in Montevideo beteiligt; sie stahlen fünf Autos und schleppten drei der Chauffeurs als Geisel mit. Das zufällige Erscheinen eines Streifenwagens der Polizei konnte einen weiteren Ueberfall vereiteln. Dass das uruguayische Partisanenbeispiel Schule macht, ist aus der engen Verbindung mit einigen politischen Rowdies ersichtlich, als neulich das Material- und Waffenamt des uruguayischen Heeres feststellte, dass die «Tupamaros» serienweise Sprengkörper herstellen; vor allem sind in letzter Zeit viele «Tretminen», aber auch Bomben und Handgranaten gefunden worden, von denen ein grosser Teil in die Nachbarländer «exportiert» werden sollte.

Nach Aussagen eines gefangenen Terroristen sollen «Tupamaros» und argentinische Linkspersonen eng zusammenarbeiten. Der Verhaftete war nach Argentinien geflohen, wo er behauptet, als «Tupamaro» bei linkspersonistischen Gruppen volle Unterstützung gefunden zu haben; er nahm auch an Partisanentätigkeiten auf dem anderen Ufer des La Plata teil und er-

hielt, als ihm die argentinische Polizei auf den Fersen war, einen falschen argentinischen Pass von den Peronisten, mit dem er wieder nach Uruguay floh und dann, nach wenigen Wochen, neuerdings der Polizei in die Hände fiel.

In Brasilien geht die Subversion weiter, aber natürlich mit einigen pittoresken Aspekten, wie es vom Lande des traditionellen Karnevals zu erwarten ist. Obwohl der Karneval offiziell erst am 7. Februar begann, herrschte in den geschmückten Städten vor allem Rio de Janeiro schon Wochen vorher Karnevalstimmung; zu den Festlichkeiten wurden 350 000 Brasilianer und 6000 Ausländer erwartet. Angesichts der immer wieder aufflammenden Guerilla- und Subversionswellen, deren Verantwortliche vor allem Studenten und radikale Katholiken sind, verbot eine Regierungsverordnung das traditionelle Tragen von Masken und anderen Gegenständen, die das Gesicht verdecken.

Durch revolutionäre Hinrichtungen die Leute von den Urnen weghalten

In Guatemala sieht es nicht viel besser aus.

Der stellvertretende Direktor der Zeitung «Prensa Libre» wurde auf offener Strasse erschossen, das zweite Mordattentat der Freischärler im Jahr 1970, nachdem am 13. Januar der Chef der Geheimpolizei erschossen wurde, als er sich auf dem Weg in sein Büro befand, und das 13. seit Dezember 1969. Die durch Brandstiftungen und Bomben entstandenen Schäden sollen sich auf annähernd 15 Millionen Dollar belaufen. Es wurden auch Entführungen bekannt, durchgeführt von der Guerillaorganisation FAR (Rebellische Streitkräfte). Man nimmt an, dass der sich steigende Terror auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass im März Präsidentschaftswahlen abgehalten werden; die Guerillas versuchen wie üblich die Bevölkerung einzuschüchtern, damit sie nicht zu den Urnen geht.

Auch in Kolumbien finden dieses Jahr Präsidentschaftswahlen statt, an denen sich u. a. der Exdiktator Rojas Pinilla beteiligen will. Auch in diesem Land sind die bevorstehenden Wahlen Anlass genug für die asozialen Elemente, um sich mit neuen Vorwänden gegen Bevölkerung und Regierung zu stürzen, was am besten beweist, was diese Volksbeglucker von der Meinung des Volkes halten. Trotz der Drohungen der Streitkräfte gelang es den Partisanen der FARC, ein Dorf zu überfallen, wobei ein Polizist erschossen wurde. Die 17 dabei beteiligten Guerilleros hinterliessen Flugblätter, in denen sie die Bevölkerung vor der Beteiligung an den Wahlen warnen.

Aber wohl die interessantesten Wahlen dieses Jahres sind die, welche im September in Chile stattfinden.

Es sind nur drei Kandidaten übriggeblieben, und zwar der rechts von der Mitte stehende frühere Präsident Jorge Alessandri, der linke Christlich-Demokrat Radomiro Tomic und der ewige Kandidat der Linksozialisten, Salvador Allende, der zum viertenmal in einen Wahlfeldzug einsteigt und der alle linken Parteien und Gruppen vertritt. Obgleich Alessandri offensichtlich die besten Chancen hat, eine Mehrheit zu erlangen, ist es unwahrscheinlich, dass diese absolut sein wird. Daher wird wohl der chilenische Kongress entscheiden müssen, wer der nächste Präsident sein wird. Die Regierung plant nun, das französische System der Nachwahl zwischen den beiden Kan-

didaten mit den meisten Stimmen einzuführen, was Tomic zugute kommen würde, der sich oft radikaler gebärdet als sein linker Widersacher.

Bolivien: Sowjetflotte übernimmt Erdölexport nach Kuba

Die Lage in Bolivien spitzt sich weiterhin zu. Diktator Ovando manövriert zwischen Guerillas, Minenarbeitern in Aufstandsstimmung, Sowjetpenetration und Oelfieber.

Die Sowjetunion gab ihre Bereitschaft bekannt, das früher von der im vorigen Oktober enteigneten Gulf Oil Co. exportierte Rohöl Boliviens abzunehmen. Bolivien hatte den Verkauf von täglich 30 000 Fass Rohöl angeboten. Zwischen 50 und 60 Prozent der Zahlungen sollen durch Lieferungen von Ausrüstungen für die bolivianische Petroleumindustrie entrichtet werden, was den üblichen Normen der Russen entspricht. Warum will nun die Sowjetunion Petroleum kaufen, wo sie doch selbst mehr Oel produziert, als sie gebrauchen und ausführen kann? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. Das Petroleum ist für Kuba bestimmt, das für seinen Verbrauch gänzlich auf die Sowjetunion angewiesen ist. Wenn Russland das bolivianische Oel kauft (oder es im Austausch von Maschinen erwirbt) und direkt nach Kuba verschiffen lässt, und zwar zum selben Verkaufspreis wie das sowjetische Oel (der höher als der internationale Preis liegt), kann es dabei durch das Einsparen von Frachtkosten bedeutende Gewinne machen, ferner seine sonst nicht sehr fragten Maschinenanlagen ab-

setzen und ausserdem noch als eine Art Retter Boliviens erscheinen.

Andererseits haben die Spannungen und Unruhen unter den Minenarbeitern Boliviens seit der Entgegnung der zu den drei grossen Konzernen gehörenden Gruben zu- und nicht abgenommen. Obgleich die Mehrzahl der Minen angeblich «den Arbeitern gehört», sind die dort angestellten Werkstätten grundsätzlich und fortdauernd unzufrieden. In letzter Zeit kam es wieder häufiger zu Zusammenstössen zwischen Polizei und Bergarbeitern. Da bei diesen Zwischenfällen immer Tote und Verletzte zu beklagen sind, ist dies Problem natürlich für ein Land, dessen Deviseneinkommen zu 90 Prozent von der Ausfuhr von Erzen abhängt, besonders beunruhigend. Aber auch in La Paz, wo sich der Sitz der Regierung befindet, folgt eine Manifestation der andern, und Tausende von Arbeitern, aufgeputscht hauptsächlich von Studenten, marschieren durch die Strassen. Es wird auch vermutet, dass die uruguayischen «Tupamaros» Beziehungen zu in Bolivien operierenden Guerillagruppen haben; eine von diesen nennt sich «Tupac Katari» (dieser war, wie Tupac Amaru, von dem die «Tupamaros» ihren Namen ableiten, ein Rebell gegen die spanische Herrschaft in Peru; beide behaupteten, von den Inkas abstammen).

In Peru möchten die Obristen eine antiamerikanische Politik treiben, ohne sich jedoch gleichzeitig endgültig mit Washington zu überwerfen. Mit einer dreiseitigen Riesenanzeige in der «New York Times» wollte die peruanische Regierung ihre Politik in den letzten 16 Monaten recht-

fertigen. Peru bezeichnet sich als ein Land, das einen revolutionären Wechsel durchmacht, während es gleichzeitig eine freundliche Haltung gegenüber ausländischen Investoren einnimmt.

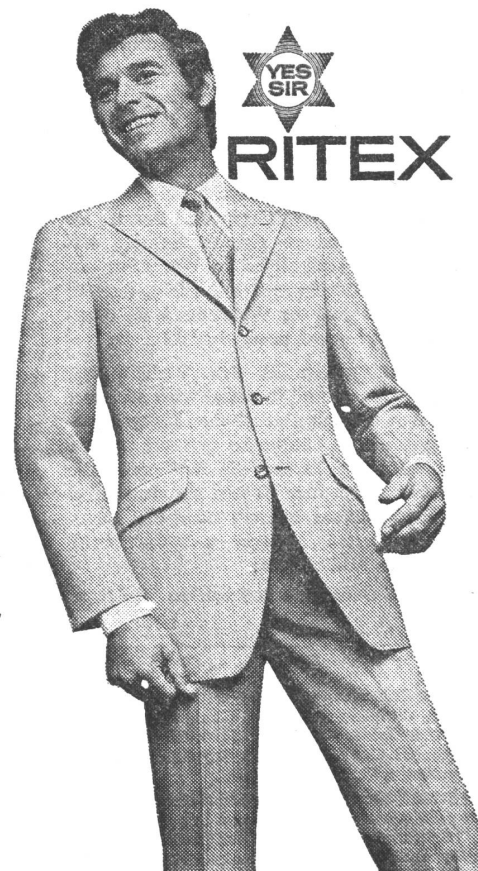
Wird die Pressefreiheit von links her abgeschafft, bleibt die internationale öffentliche Meinung ungerührt

Wie empfindlich die Diktatur in Lima gegenüber der Auslandspresse ist und wie wenig man in der Welt an dem drakonischen Pressegesetz der Militärregierung Anstoss nimmt, muss immer wieder erwähnt werden. Denn die Erfahrung beweist, dass die sogenannte «öffentliche Meinung» der Welt stumm bleibt, solange eine Regierung, die einen markanten Linksdrall aufweist, die Pressefreiheit unterdrückt. Das zur Jahreswende verkündete Pressegesetz, das die totale Knebelung der peruanischen Presse besiegelte, aber den pompösen Namen «Gesetz zur Verteidigung der Pressefreiheit» trägt, erwirkt in Wirklichkeit die Unterdrückung dieser Freiheit. Hiervon wird jedoch weit weniger Aufhebens gemacht als von der Tatsache, dass beispielsweise im demokratischen und freiheitlichen Uruguay verboten wurde, die Terroristen in der Presse mit ihrem Namen zu nennen oder sonst irgendwie anders als Kriminelle zu bezeichnen (um die Publizität zu vermeiden, die die Terroristen selbst als ein wichtiges Instrument in ihren Aktivitäten ansehen), eine Verordnung, die übrigens nicht einmal strikte befolgt wird. ■

Im Rahmen einer besonderen Tagung organisiert das Schweizerische Ost-Institut am 18. März einen Vortrag von Don Salvador de Maderiaga. Der Anlass findet um 20.15 Uhr im Kursaal in Bern statt. Der Eintritt ist frei. Interessenten stellen wir eine Eintrittskarte für reservierte Plätze zu. Wir bitten um Anmeldung auf einer Postkarte.



**Schweizerisches Ost-Institut
3000 Bern 6**



RICHARD/SIXTUS

Ein Anzug für anspruchsvolle Herren. Mit modischen breiten Spitzrevers, drei Knöpfen, schrägen Pattenaschen, langem Rückenschlitz.

Gehen Sie unverbindlich ins Fachgeschäft.

Verlangen Sie RITEX.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen